

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Deutschland geht es gut

Reden wir darüber



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir haben Halbzeit in dieser Legislaturperiode. Deshalb ist es an der Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Mit Stolz stellen wir fest: Dem Land geht es gut. Es ist lange her, dass sich Deutschland so glänzend präsentiert hat wie in diesen Monaten.

Der Arbeitsmarkt hat sich hervorragend entwickelt. Inzwischen sind weniger als drei Millionen Menschen ohne Arbeit. Das ist zwar immer noch viel, doch andererseits verzeichnen wir in manchen Bereichen bereits einen Fachkräftemangel.

Die Unternehmen sollten sich zum einen darum kümmern, Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern. Dabei müssen die Firmen vielleicht mehr als bisher Hort- oder Kindergartenplätze zur Verfügung stellen. Wer gute Mitarbeiter will, muss auch für adäquate Arbeitsbedingungen sorgen. Die Unternehmen sollten ferner mehr an diejenigen denken, die heute noch dringend eine Arbeit suchen. Vielen Arbeitslosen sollten die Unternehmen einfach vertrauen. Eine Investition in Fort- und Weiterbildung lohnt sich in vielen Fällen.

Dass Deutschland in Europas Wirtschaft wieder den Spitzenplatz einnimmt, ist eine Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Unternehmen. Als christlich-liberale Koalition haben wir aber auch dazu beigetragen, indem wir die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt haben. Unserer Politik ist es zu verdanken, dass Deutschland die Finanzkrise so schnell überwunden hat. Nicht zuletzt ist es uns in den vergangenen Monaten gelungen, den Euro stabil zu halten, der für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand so wichtig ist.

Es konnte verhindert werden, dass die Finanz- und Haushaltskrisen in Griechenland, Portugal und Irland unseren Aufschwung kaputt machen. Natürlich sind uns die Maßnahmen, die zur Stabilisierung des Euros ergriffen werden mussten, nicht leicht gefallen. Bisher hat diese Politik aber Erfolg gehabt. Dies können wir nach außen durchaus offensiver vertreten als bisher.

„Kalte Progression korrigieren“

Unsere Wirtschaft wird auch in diesem Jahr wachsen – so kräftig, wie es am Jahresanfang noch niemand vorhergesagt hatte. Dieser Trend soll sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Dazu können moderate Steuererleichterungen beitragen. Sie sind vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Die Arbeitnehmer müssen ihren Anteil am Aufschwung bekommen. Dafür wollen wir die kalte Progression korrigieren. An der Politik der Haushaltssanierung ändert dies jedoch nichts. Im Gegenteil: Sie wird leichter fallen, wenn das Wachstum noch möglichst lange anhält.

Wollen herüber

Inhalt

Deutschland geht es gut	1
Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung dringend nötig	2
„Diese Regierungskoalition ist gut für unser Land“	3
Bundestag entscheidet sich für die begrenzte Zulassung der Präimplantationsdiagnostik	4
„Die Unabhängigkeit des Südsudans muss gelingen“	5
Ehemalige Heimkinder erhalten individuelle Entschädigungen	6
Polizisten werden wesentlich besser geschützt	6
Abgeordnetendiäten steigen in zwei Stufen	7
Das Handwerk ist mehr gefragt denn je	8
Leitgedanken der „Inklusion“ ernst nehmen	8
Stabilität und Frieden für die Menschen im Sudan	9
Frisch gebloggt	9
„Afrika ist Europa näher gerückt“	10
Vom Labyrinth der Wörter und der Einsamkeit der Primzahlen	11
Letzte Seite	12

Impressum

Herausgeber
 Peter Altmaier MdB
 Stefan Müller MdB
 CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
 Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

Telefon (030) 227 53015
 Telefax (030) 227 56660
 pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung dringend nötig

Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze wichtig für die innere Sicherheit



Gerda Hasselfeldt
 1. Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Sicherheitsgesetze werden befristet verlängert – das ist eine gute Nachricht für die Menschen und die Sicherheit in Deutschland. Ich bin außerordentlich froh darüber, dass es Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich gelungen ist, eine Einigung mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger herbeizuführen. Eine weitere Verzögerung, die einen Wegfall aller Eingriffsbefugnisse zur Folge gehabt hätte, wäre unverantwortlich gewesen.

Bis zuletzt rang der Bundesinnenminister mit seiner Kabinettskollegin von der FDP um ein gutes Ergebnis. Die Gesetze ermöglichen es den Sicherheitsbehörden, in begründeten Fällen Einblick in den Bankverkehr und die Kommunikation von Terrorverdächtigen zu nehmen. Die überwiegende Mehrzahl der Gesetze, die die rot-grüne Regierung nach dem 11. September 2001 verabschiedet hatte, wird nun um weitere vier Jahre verlängert. Die christlich-liberale Koalition beweist damit, dass sie auch künftig der Gefahr von terroristischen Anschlägen in Deutschland wirkungsvoll und zielgenau entgegenzutreten wird. Ein Beleg für die Wirksamkeit

der Gesetze sind insbesondere die vielen vereitelten Anschläge der letzten Jahre. Auch die frühzeitige Auflösung der sogenannten Düsseldorfer Terrorzelle gehört dazu. Die Anti-Terror-Gesetze sind dabei nicht mehr als die Mindestvoraussetzung für solche Fahndungserfolge.

Ein weiterer Baustein für die innere Sicherheit unseres Landes duldet ebenfalls keinen Aufschub mehr: die Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung. Seit mehr als einem Jahr warten wir auf einen verfassungskonformen und den EU-Richtlinien entsprechenden Gesetzentwurf. Der bisher vorgelegte Diskussionsentwurf des Bundesministeriums der Justiz für ein Gesetz zur Sicherung vorhandener Verkehrsdaten und Gewährleistung von Bestandsdatenauskünften im Internet ist aber nur ein untauglicher Versuch. Es ist zwingend nötig, die europarechtlichen Vorgaben einer Mindestspeicherung von Kommunikationsdaten zur Aufklärung von schwerer Kriminalität und terroristischen Anschlägen in nationales Recht umzusetzen. Dabei muss die kriminalpolizeiliche Realität beachtet werden.

Das im Diskussionsentwurf vorgeschlagene „Quick-freeze-Verfahren“, das Einfrieren von Kommunikationsdaten, die die Privatwirtschaft für eigene Zwecke gespeichert hat, hat für die Praxis der Sicherheitsbehörden keinen nachhaltigen Wert. Es wird zu Recht sowohl vom Bundesverfassungsgericht als auch von der EU-Kommission nicht als Alternative zur Vorratsdatenspeicherung angesehen. Schließlich sind aufgrund der hohen Vorgaben des nationalen und europäischen Datenschutzes in vielen Fällen überhaupt keine Daten mehr zum Einfrieren vorhanden. Ich bin dennoch zuversichtlich, dass bis Ende dieses Jahres ein europarechtskonformer Gesetzentwurf als Verhandlungsbasis vorgelegt wird.

„Diese Regierungskoalition ist gut für unser Land“

Bundestag debattiert über anhaltend gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt – Entlastung der Arbeitnehmer laut Kauder eine „Frage der Gerechtigkeit“

Die Wirtschaft in Deutschland boomt wie seit langem nicht mehr. Knapp 41 Millionen Menschen sind inzwischen erwerbstätig. Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP nahmen dies zum Anlass, um in einer aktuellen Stunde des Bundestages über die „anhaltend positive Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt“ zu diskutieren. Der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte, diese Entwicklung sei eine „große Gemeinschaftsleistung der fleißigen Arbeitnehmer, der risikofreudigen Unternehmer und einer klugen Politik“.

Kauders Fazit lautete: „Diese Regierungskoalition ist gut für unser Land.“ Die Menschen in Deutschland seien stolz darauf, dass sie besser aus der Weltwirtschaftskrise herausgekommen seien als andere in Europa. Nun wolle die Regierung die Arbeitnehmer auch an dem wirtschaftlichen Erfolg teilhaben lassen. „Diejenigen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, sollen von ihrer Lohnerhöhung auch etwas haben.“ Deshalb werde die Koalition die sogenannte kalte Progression korrigieren. „Das ist eine Frage der Gerechtigkeit“, betonte Kauder.

CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt unterstrich ebenfalls: „Deutschland geht es gut. Wir gehen gestärkt aus der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren her-

vor.“ Nun müsse der Aufschwung stabilisiert werden. Die Koalition müsse nun „Spielräume nutzen für Haushaltskonsolidierung, aber auch für Gerechtigkeit“.

Hasselfeldt stellte fest, Bürgern und Betrieben gehe es immer dann gut, wenn SPD, Grüne und Linke nicht regierten. Die christlich-liberale Koalition freue sich über steigende Beschäftigungszahlen und über sinkende Arbeitslosenzahlen. „Wir wollen noch mehr Menschen eine Chance eröffnen“, betonte Hasselfeldt. Der Aufschwung, den Deutschland heute erlebe, sei ein Gemeinschaftswerk: „Verantwortungsbewusste Tarifabschlüsse, betriebliche Programme und die Weichenstellungen der Politik haben ein festes Fundament gebaut.“

Zahl der Arbeitslosen deutlich unter drei Millionen

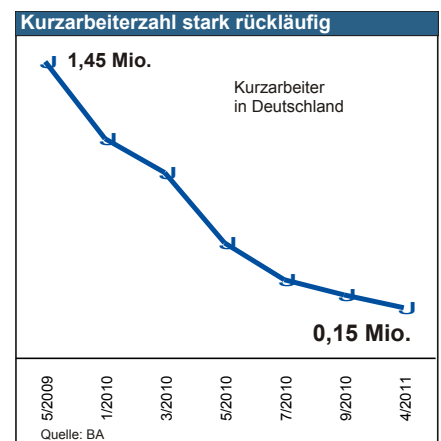
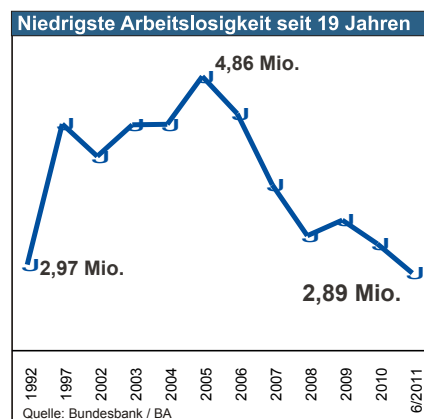
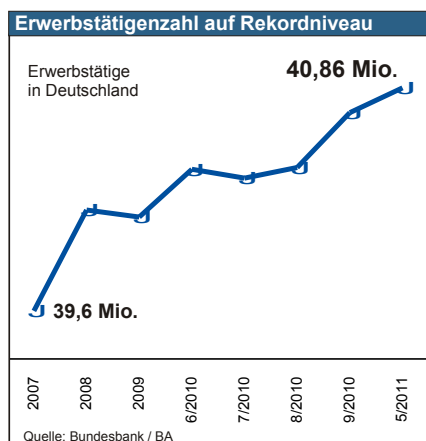
Im Juni war die Arbeitslosenzahl nach Auskunft der Bundesagentur für Arbeit auf 2,89 Millionen gesunken, was einer Quote von 6,9 Prozent entspricht. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich auf knapp 41 Millionen. Dies ist der höchste Stand seit der Wiedervereinigung. Erstmals seit 25 Jahren verringerte sich auch der beharrliche Sockel an Langzeitarbeitslosen. Aufgrund der guten konjunk-

turellen Lage nur zwei Jahre nach der Weltwirtschafts- und Finanzkrise stieg außerdem die Zahl der Ausbildungsstellen.

Erfolgsmodell Kurzarbeit

Kauder sagte, für diese Entwicklung habe die christlich-liberale Koalition gesorgt, indem sie zum Beispiel während der Krise die Kurzarbeit erleichtert habe. Die Kurzarbeit ermöglichte es den Unternehmen, die Arbeitnehmer trotz sinkender Auftragseingänge im Boot zu halten. Angesichts der demographischen Herausforderungen einer alternden Gesellschaft kommt es für den Fraktionsvorsitzenden nun darauf an, genügend Facharbeiter zu finden und genügend Menschen auszubilden.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle sagte: „Wir sind auf der Straße zur Vollbeschäftigung.“ CDU/CSU und FDP sorgten dafür, dass der „XL-Aufschwung extra stark und extra lang“ sei. Für dieses Jahr werde auch von gewerkschaftsnahen Instituten ein reales Wachstum von vier Prozent in Aussicht gestellt. Die Leistung der Koalition werde von den Menschen anerkannt: „Nur die Opposition miesepetert vor sich hin.“



Bundestag entscheidet sich für die begrenzte Zulassung der Präimplantationsdiagnostik

Fraktionsdisziplin aufgehoben – Vorschlag von Peter Hintze setzt sich durch

Der Bundestag hat sich nach rund vierstündiger Schlussdebatte für eine begrenzte Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) entschieden. Die beiden anderen Entwürfe, die ein Verbot genetischer Untersuchungen der Embryonen außerhalb des Mutterleibes vorsahen, fanden keine Mehrheit. Alle drei Gesetzentwürfe

waren mit Beteiligung von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion entstanden.

Das verabschiedete Gesetz stammt von einer fraktionsübergreifenden Gruppe von Abgeordneten um Peter Hintze (CDU), Ulrike Flach (FDP) und Carola Reimann (SPD). Es erlaubt die PID nur dann, wenn Paare die Veranlagung zu einer schwerwiegenden Erbkrankheit in sich tragen oder wenn ihnen eine Tot- oder Fehlgeburt droht. Voraussetzung für den Embryonentest ist in jedem Einzelfall die vorherige Zustimmung einer Ethikkommission sowie eine Beratung der Betroffenen. Zudem soll die PID nur in speziell dafür zugelassenen Zentren erfolgen.

Ethik des Helfens macht unsere Gesellschaft menschlicher.“ Wer von Dammbbruch und Designer-Baby spreche, argumentiere „meilenweit an der Gewissenssituation“ von jungen

Die Präimplantationsdiagnostik in den Ländern Europas

Ein gesetzliches Verbot der Präimplantationsdiagnostik existiert nach Angaben des Deutschen Ethikrates in Österreich, Italien und in der Schweiz. In Irland wird aus Bestimmungen der Verfassung ein Verbot der PID abgeleitet.

In elf Staaten – Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Griechenland, Island, den Niederlanden, Schweden, Norwegen, Spanien und Tschechien – gibt es gesetzliche Regelungen zur Reproduktionsmedizin, zur Diagnostik beziehungsweise zum Umgang mit Embryonen, in denen explizit oder implizit Aussagen zu einem Einsatz der PID getroffen sind.

Die meisten Staaten, die über explizite gesetzliche Bestimmungen verfügen, erlauben laut Ethikrat die PID unter der Voraussetzung, dass eine schwere genetische Erkrankung vermieden werden soll. In einigen Gesetzen wird ergänzend gefordert, dass diese Erkrankung unheilbar sein oder frühzeitig zum Tode führen muss. Die Auswahl des Geschlechts ist unzulässig. Eine Reihe von Staaten verlangt die Einbettung der PID in eine ärztliche Beratung. In einigen Ländern darf die PID nur in lizenzierten medizinischen Zentren durchgeführt werden. Selten werden die Kosten vom sozialen Sicherungssystem übernommen.

In den meisten Staaten Osteuropas fehlt ein nationalgesetzlicher Rahmen für die Reproduktionsmedizin einschließlich der PID.

Bundesgerichtshof hatte Debatte über Neuregelung angestoßen

Angestoßen wurde die Debatte über eine gesetzliche Neuregelung durch ein Urteil des Bundesgerichtshofs. Wie bei allen grundsätzlichen Fragen um Leben und Tod war auch bei dieser Entscheidung die Fraktionsdisziplin aufgehoben.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder forderte, in dieser Frage die „Ethik des Lebens“ durchzusetzen, was seiner Meinung nach nur mit einem Verbot der PID gelingen könne. Kauder hatte vor einer Zulassung der PID gewarnt, weil sie „brutale Konsequenzen“ haben könnte und im Endeffekt die Selektion menschlichen Lebens bedeute. Bereits mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle beginne der Prozess des Lebens, betonte er. Schon ab diesem Moment gelte für das werdende Leben die Menschenwürde.

Peter Hintze, einer der Initiatoren des beschlossenen Gesetzes, rückte die zukünftigen Eltern in den Mittelpunkt der Betrachtungen: „Nicht eine Ethik der Strafe, sondern eine



© Sashkin - Fotolia.com

Paaren vorbei, die sich sehnlichst ein Kind wünschten. Hintze plädierte dafür, dass man sich an den grundlegenden Verfassungs- und Moralprinzipien orientiere: Diese könnten verloren gehen, wenn eine befruchtete Eizelle in der Petrischale höher bewertet würde als eine Frau in einer schweren Konfliktsituation.

Krankheit gehört zur menschlichen Existenz

Die Gegner der PID stellten heraus, dass diese Untersuchungsmethode die Illusion nähre, es könne eines Tages ewige Gesundheit geben. Die Behindertenbeauftragte der Fraktion, Maria Michalk, meinte: „Krankheit und Behinderung gehören zu unserer menschlichen Existenz.“ Es sei ein „großer Reichtum“, auch schlimme Lebenserfahrungen machen zu müssen.

„Die Unabhängigkeit des Südsudans muss gelingen“

Deutschland hat Vorsitz im UN-Sicherheitsrat übernommen – Schockenhoff im Gespräch mit „Fraktion direkt“ über die Aufgaben



Andreas Schockenhoff
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Deutschland hat am 1. Juli für einen Monat den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat übernommen. „Fraktion direkt“ sprach mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Andreas Schockenhoff über die Schwerpunkte und Herausforderungen.

Es gibt im Augenblick viele Krisenherde, um die die Vereinten Nationen sich kümmern müssen, vor allem im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika. Ende der Woche wird der Südsudan unabhängig vom Norden. Wie begleitet der Sicherheitsrat diese heikle Phase?

Schockenhoff: Die Unabhängigkeit des Südsudans muss gelingen. Die Menschen im Südsudan haben sich mit einer überwältigenden Mehrheit für ihre Unabhängigkeit vom Norden ausgesprochen. Es besteht aber noch Uneinigkeit über den Status des zwischen Norden und Süden umstrittenen Gebiets Abyei, über Teile des Grenzverlaufs, über Fragen der Aufteilung von Ölressourcen, über Fragen der Staatsangehörigkeit und über

die Aufteilung von Schulden und Vermögen. Hier sind die Vereinten Nationen ebenso gefragt wie beim Aufbau staatlicher Strukturen im künftigen Südsudan.

In Syrien ist kein Ende der Gewalt gegen die Oppositionsbewegung in Sicht. Eine UN-Resolution dazu hat es bislang nicht gegeben. Wird der deutsche Vorsitz dieses Ziel weiter verfolgen?

Schockenhoff: Präsident Baschar al Assad führt einen brutalen Unterdrückungskrieg gegen das syrische Volk. Hunderttausende demonstrieren für ein Ende seines Regimes. Assad kann für uns kein Partner mehr sein. Deutschland hat sich bereits auf EU-Ebene erfolgreich für weitreichende Sanktionen gegen sein Unterdrückungsregime eingesetzt. Nun muss die ganze internationale Gemeinschaft handeln. Deshalb bemüht sich Deutschland zusammen mit seinen europäischen Partnern, eine eindeutige Antwort des Sicherheitsrats auf die staatliche Repression und Gewalt in Syrien zu erreichen. Dabei müssen allerdings die Widerstände Russlands und Chinas überwunden werden.

Keine einseitigen Schritte im Nahost-Konflikt

Die palästinensische Autonomiebehörde dringt darauf, im September von der UN-Vollversammlung als unabhängiger Staat anerkannt zu werden. Die westlichen Staaten sind in dieser Frage gespalten. Wie steht Deutschland dazu?

Schockenhoff: Die Kernfragen des Nahost-Konflikts können einzig durch von beiden Seiten getragenen Vereinbarungen gelöst werden. Einseitige Schritte, egal von welcher Seite, bergen nur die Gefahr einer Verschärfung der Lage. Deutschland arbeitet des-

halb im Rahmen des Nahost-Quartetts intensiv daran, eine solche Abstimmung in den Vereinten Nationen zu verhindern und stattdessen eine Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen zu erreichen.

Fortschritte im Friedensprozess werden unmittelbare Auswirkungen auf den arabischen Frühling haben. Ein Frieden zwischen Israel und Palästina wird die Generation, die in den letzten Monaten für Freiheit und Demokratie in den benachbarten Ländern auf die Straße gegangen ist, entscheidend in ihrer Einstellung gegenüber Israel prägen und die Sicherheit des jüdischen Staates maßgeblich befördern.

In Libyen hat die NATO es bislang nicht geschafft, den Bürgerkrieg zu beenden. Wie soll die Staatengemeinschaft weiter vorgehen?

Schockenhoff: Zunächst war das Ziel der Intervention der Schutz der Zivilbevölkerung. Das Flugverbot wurde in kurzer Zeit durchgesetzt. Eine Niederlage der Aufständischen und Staatschef Muammar al Gaddafis brutale Rache an der Zivilbevölkerung konnte mit Hilfe des Militäreinsatzes verhindert werden. Gaddafis Truppen sind erheblich geschwächt und werden weiter in die Enge getrieben.

Gaddafi ist zunehmend isoliert, sein Abtritt nur eine Frage der Zeit. Deshalb müssen wir jetzt schon auf UN-Ebene eine Übergangsphase vorbereiten. Wir werden mit zivilen Missionen den demokratischen Aufbau Libyens unterstützen müssen. Auch eine Stabilisierungsmission der internationalen Gemeinschaft könnte für einen gewissen Zeitraum notwendig sein. Europa kann sich in Libyen nicht heraushalten, im Gegenteil: In beiden Missionen wäre unsere Verantwortung gefragt, also auch ein deutsches Engagement.

Ehemalige Heimkinder erhalten individuelle Entschädigungen

Bundestag beschließt Hilfen – Fonds umfasst 120 Millionen Euro

Ehemalige Heimkinder, die zwischen 1949 und 1975 in kirchlichen, staatlichen oder privaten Heimen gedemütigt, ausgebeutet und gequält wurden, erhalten individuelle Wiedergutmachungsleistungen. Das beschloss der Deutsche Bundestag am Donnerstag. Er orientierte sich damit eng an den Empfehlungen des Runden Tisches Heimerziehung, der sich über zwei Jahre mit dem Schicksal der ehemaligen Heimkinder in der Bundesrepublik beschäftigt hatte. Dabei hatte er festgestellt, dass die Heimerziehung vielfach Unrecht geschehen ließ, aber kein Unrechtssystem war. Daher gibt es für eine generelle Entschädigungsregelung aller Heimkinder keine Rechtsgrundlage. Auch die individuellen Ansprüche der Heimkinder gegenüber den Trägern sind verjährt.

Für eine dennoch geboten erscheinende Rehabilitierung sieht der Bundestag ein ganzes Maßnahmenbündel vor. Zum einen soll es bundesweite Beratungsstellen geben, zum anderen sollen denjenigen, die noch heute un-

ter den Folgen der Heimerziehung leiden, individuelle Leistungen gewährt werden – wie Traumatherapien oder Kostenzuschüsse für die Suche nach Verwandten. Bedürftige Heimkinder, die zur Arbeit gezwungen waren und für die die Heime keine Leistungen in die Rentenkassen gezahlt haben, können als Ausgleich eine Einmalzahlung erhalten.

Die Maßnahmen werden aus einem Fonds finanziert, der mit 120 Millionen Euro ausgestattet ist und vom Bund, den alten Ländern und den Kirchen zu je einem Drittel finanziert wird.

Auch Heimkinder der DDR erhalten Wiedergutmachung

Die Empfehlungen des Runden Tisches „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ bezogen sich nur auf die ehemaligen Heimkinder in der Bundesrepublik. Da aber auch in Erziehungsheimen der DDR Unrecht geschah, hatte sich die CDU/CSU-



© Maria P. - Fotolia.com

Fraktion erfolgreich dafür eingesetzt, dass gleichwertige Formen der Wiedergutmachung auch für die ehemaligen Heimkinder in der DDR gewährt werden. Der Bund wird auch für diese Hilfen ein Drittel der Kosten übernehmen.

Die Bundesregierung wird die Beschlüsse des Bundestages zeitnah umsetzen. Eine Anrechnung der gewährten Leistungen auf Renten und Transferleistungen wird dabei ausgeschlossen.

Polizisten werden wesentlich besser geschützt

Bundestag verabschiedet Gesetzesnovelle – Strafmaß bei Widerstand gegen Beamte wird erhöht

Polizeibeamte und andere Personen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, werden künftig strafrechtlich besser geschützt. Der Bundestag verabschiedete in dieser Woche ein Strafrechtsänderungsgesetz zum Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Darin wird unter anderem das Strafmaß für Widerstand gegen Polizisten von zwei auf drei Jahre erhöht. Weil auch Feuerwehrleute und andere Rettungskräfte, beispielsweise das THW, immer häufiger bei ihren Einsätzen behindert und angegriffen werden, werden sie ausdrücklich in diesen strafrechtlichen Schutz mit einbezogen.

Vollstreckungsbeamte werden immer häufiger bei der Ausübung ihrer Tätigkeit Opfer von Gewalt. Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist enorme Steigerungsraten auf; allein in den letzten Jahren waren es mehr als 30 Prozent. Insbesondere Polizeibeamte tragen ein erhebliches Risiko, bei der Durchsetzung staatlicher Vollstreckungsakte angegriffen zu werden.

Auch Werkzeuge können Waffen sein

Mit dem Gesetz wird auch eine durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entstandene Re-

gelungslücke beseitigt, indem nicht mehr nur die Verwendung von Waffen, sondern auch von Werkzeugen wie etwa Baseballschläger, die schwere Verletzungen hervorrufen können, strafverschärfend berücksichtigt werden. Schließlich wurde der Kreis der durch das Strafbuch besonders geschützten Sachen um Fahrzeuge der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste sowie um bedeutende technische Arbeitsmittel erweitert. Damit ist dafür gesorgt, dass Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte bei ihrer Arbeit, die sie für uns alle erbringen, auch adäquat geschützt werden.

Abgeordnetendiäten steigen in zwei Stufen

Peter Altmaier im Gespräch mit „Fraktion direkt“ – Auch die Obergrenze für die Parteienfinanzierung wird angehoben



Peter Altmaier
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Die Abgeordnetendiäten sollen zum 1. Januar 2012 und zum 1. Januar 2013 um jeweils 292 Euro steigen. Auch die Obergrenze für die Parteienfinanzierung wird angehoben. Darüber sprach „Fraktion direkt“ mit dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer Peter Altmaier.

Die Diäten-Erhöhung um je 292 Euro in zwei Stufen entspricht einer Anhebung von 3,8 beziehungsweise 3,7 Prozent. Ist das angemessen?

Altmaier: Das ist angemessen, weil die Abgeordnetendiäten weder 2010 noch 2011 gestiegen sind. Nach geltendem Recht orientiert sich die Entschädigungshöhe der Abgeordneten, die Wahlkreise mit 160.000 bis 250.000 Wahlberechtigten vertreten, an den Gehältern von gewählten hauptamtlichen Bürgermeistern und Oberbürgermeistern mittlerer Städte. Als vergleichbar wird auch die Besoldung von Richtern auf der Bundesebene angesehen (R6 ab 1. August ohne Sonderzuwendungsanteil: 8.323 Euro). Davon waren wir inzwischen weit entfernt. Auch mit der jetzt vereinbarten Erhöhung erreichen wir nicht das gesetzliche Ziel.

Warum wurde gerade jetzt die Erhöhung vereinbart?

Altmaier: Entgegen der gängigen Annahme sind die Diäten in den letzten Jahrzehnten gegenüber anderen Ein-

kommen nicht überproportional gestiegen, sondern hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben. Seit dem Inkrafttreten des Abgeordnetengesetzes im Jahr 1977 liegt die durchschnittliche prozentuale Steigerung der Diäten im langjährigen Mittel unter der der Beamtenbezüge, der Gehälter im öffentlichen Dienst sowie der Bruttolöhne. Angesichts dieser Entwicklung ist eine Anhebung der Entschädigung möglich und vor dem Hintergrund der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung auch vertretbar. So brachte beispielsweise der letzte Tarifabschluss in der Chemieindustrie eine Lohnsteigerung von 4,1 Prozent.

„Auch mit der vereinbarten Erhöhung erreichen wir nicht das gesetzliche Ziel“

Wie sieht es mit Sonderzahlungen aus?

Altmaier: Derzeit erhalten die Mitglieder des Deutschen Bundestages eine monatliche Diät von 7.668 Euro, die – wie alle anderen Einkommen auch – versteuert werden muss. Darüber hinaus erhalten die Abgeordneten keine Sonderzahlungen, also kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld oder ein zusätzliches Monatsgehalt.

Eine Experten-Kommission unter Leitung des ehemaligen Bundesjustizministers Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) soll eine Reform der Altersversorgung der Parlamentarier ausarbeiten. Was muss verändert werden? Warum ist die bestehende Regelung nicht mehr tragbar?

Altmaier: Darum geht es nicht. In Nordrhein-Westfalen wurde ein völlig

neues System der Altersversorgung für Abgeordnete entwickelt, und es ist selbstverständlich, dass wir uns damit intensiv befassen.

Parteienfinanzierung war seit neun Jahren bei 133 Millionen Euro gedeckelt

Auch die Obergrenze der Parteienfinanzierung wird 2012 von 133 Millionen Euro pro Jahr auf 141,9 Millionen Euro und 2013 auf 150,8 Millionen Euro angehoben. Warum war das nötig?

Altmaier: Seit neun Jahren ist die staatliche Mitfinanzierung der Parteien auf 133 Millionen Euro pro Jahr gedeckelt. Gleichzeitig sind die Erwartungen an die Parteien – und damit ihre Ausgaben – im letzten Jahrzehnt gewachsen. Die jetzt vorgesehene Erhöhung fängt diese Kostensteigerungen auf.

Welche Aufgaben müssen die Parteien von den Zuwendungen finanzieren?

Altmaier: Parteien wirken nach Artikel 21 des Grundgesetzes bei der Willensbildung des Volkes mit. Folgerichtig ist die Öffentlichkeitsarbeit neben der Organisation von Wahlkämpfen ein Ausgabenschwerpunkt auf Bundes- und Kreisebene. Das lässt sich ohne hauptberufliches Personal und Geschäftsstellen im ganzen Bundesgebiet nicht leisten und verursacht erhebliche Aufwendungen.

Das Handwerk ist mehr gefragt denn je

Garant für Qualität – Enorme Ausbildungsleistung

Das Handwerk ist eine der tragenden Säulen unserer Volkswirtschaft. Es umfasst fast eine Million Betriebe, fünf Millionen Beschäftigte und 500.000 Auszubildende in über 100 Ausbildungsberufen. Diese Zahlen veröffentlichte die Bundesregierung auf eine große Anfrage der Fraktionen von CDU/CSU und FDP, die im Bundestag debattiert wurde.

Die politischen Rahmenbedingungen für das Handwerk sind gut. Unionsgeführte Bundesregierungen haben die Bedeutung des Handwerks seit jeher anerkannt - sowohl als Garant für Qualität als auch in seiner enormen Ausbildungsleistung für die Jugendlichen in unserem Land. 27 Prozent aller neuen Ausbildungsverträge des letzten Jahres wurden im Handwerk abgeschlossen. Die Attraktivität von Handwerksberufen ist auch bei Mädchen sehr hoch. Der

schon erfreuliche Frauenanteil von 20 Prozent mit Meisterbrief und bei Existenzgründerinnen ist allerdings noch steigerungsfähig.

In der Wirtschaftskrise 2008/2009 haben sich die konjunkturfördernden Maßnahmen der Bundesregierung als richtig erwiesen, um die Situation des Handwerks stabil zu halten. Mit den wachstumsbeschleunigenden Maßnahmen der laufenden Wahlperiode setzt die Koalition diesen Weg fort.

Weitsicht bei der Erschließung neuer Märkte

Der Erfolg zeigt sich in der stabilen Beschäftigtenzahl im Handwerk und im aktuellen Umsatzwachstum. Bei der Erschließung neuer Märkte hat das Handwerk Weitsicht bewiesen. Der aktuelle Umbruch in der Energiepolitik bietet etlichen Gewerken

enorme Chancen. Die Tätigkeitsfelder erstrecken sich von der Elektromobilität über die Photovoltaik bis hin zur großräumigen Gebäudesanierung und Energieberatung. Auch im Hinblick auf die europäische Konkurrenz ist das deutsche Handwerk gut aufgestellt. Es kann sich weiterhin auf eine zukunftsgerichtete Handwerkspolitik von CDU/CSU verlassen.



© RABE - Fotolia.com

Leitgedanken der „Inklusion“ ernst nehmen

Gleichberechtigte Teilhabe von Behinderten als Querschnittsaufgabe

Deutschland kommt seinem Versprechen nach, sich auf den Weg zu einer Gesellschaft zu machen, die Menschen mit Behinderung gleiche Teilhabechancen gewährt. Der Bundestag nahm am Freitag den Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung an, mit dem die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird.

Schrittweise werden sich Politik und Gesellschaft der umfassenden Querschnittsaufgabe widmen, Menschen mit Behinderungen umfassende Teilhabechancen zu ermöglichen, also für ihre „Inklusion“ zu sorgen. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag begrüßt ausdrücklich, dass ausgehend von einer dezidierten Bestandsaufnahme eine Gesamtstrategie zur Umsetzung des UN-Übereinkommens für die

nächsten zehn Jahre entwickelt wurde. Diesen Prozess aktiv mit zu gestalten ist der Fraktion ein Herzensanliegen.

Teilhabe am Arbeitsleben besonders wichtig

Ein zentraler Punkt für die Verwirklichung der Einbeziehung behinderter Menschen ist die Teilhabe am Arbeitsleben. Jedem muss es möglich sein, durch Arbeit größtmögliches Selbstvertrauen zu entwickeln, Kontakte zu knüpfen und Freundschaften zu schließen. Die Erfahrung, gebraucht zu werden, ist durch nichts zu ersetzen. Aus diesem Grund sind Arbeitgeber, Kommunen, Integrationsämter, Rehabilitationsträger und weitere

Stellen mehr denn je gefordert, von der derzeitigen positiven wirtschaftlichen Entwicklung auch Menschen mit Behinderungen profitieren zu lassen. Die Chancen des Arbeitsmarktes sollten nicht ungenutzt bleiben.

Jeder weiß, dass nichts ohne Barrierefreiheit geht. Die Verwirklichung von Barrierefreiheit bei Bauvorhaben und bei der Kommunikation darf nicht an bürokratischen Hindernissen und Zuständigkeitsquerelen scheitern.

Unsere moderne Welt muss alle einbeziehen – das gilt auch und gerade vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft. Wir brauchen den kritischen Dialog mit allen, insbesondere mit Menschen mit Behinderungen und ihren Interessensvertretungen.

Stabilität und Frieden für die Menschen im Sudan

Bundeswehr beteiligt sich weiter an UN-Missionen in Sudan

Der Bundestag hat am Freitag der weiteren Beteiligung der Bundeswehr an den Sudan-Missionen UNAMID und UNMISS zugestimmt.

Mit der UNAMID-Mission wollen die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union für ein Minimum an Sicherheit für die Menschen in der westsudanesischen Krisenregion Darfur sorgen. Die insgesamt 17.000 Soldaten und 4.700 Polizisten der UNAMID-Mission patrouillieren in den Flüchtlingslagern und schützen die Menschen dort. Aber auch sie können in dem Gebiet, das so groß wie Frankreich ist, oft nicht verhindern, dass bei Kämpfen und Überfällen Zivilisten verletzt, ermordet oder zur Flucht gezwungen werden.

Mit der Entscheidung des Bundestags können 50 deutsche Soldatinnen

und Soldaten bei UNAMID eingesetzt werden. Deutschland schickt auch fünfzehn Polizisten als Berater und Ausbilder. Dieser Beitrag mag für sich gesehen symbolisch erscheinen, politisch aber ist er ein wichtiges Zeichen an die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union. Noch wichtiger sind die zivilen Projekte für die Stabilität im Sudan. Insgesamt hat Deutschland allein seit 2009 mehr als 613 Millionen Euro im Sudan investiert.

Die UN-Mission UNMISS – United Nations Mission in South Sudan – ist das Nachfolgemandat für die UNMIS-Mission, die bisher den Nord-Süd-Friedensprozess absicherte. Der Südsudan wird am 9. Juli unabhängig. Die bis zu 50 Bundeswehr-Soldaten sollen bei UNMISS zur Sicherheit und

zum Staatsaufbau im Südsudan beitragen, denn auch nach der Trennung von Nord und Süd sind Fragen offen, vor allem zum Grenzregime zwischen den beiden Staaten und zur Nutzung der Ölinfrastruktur. Ohne Unterstützung der internationalen Gemeinschaft könnte die Region wegen dieser Probleme zum Pulverfass werden.



drapeau onu © ben_photos - Fotolia.com

Fraktion 2.0

Frisch gebloggt

Auf blogfraktion.de bezieht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Stellung zu aktuellen Themen. „Fraktion direkt“ gibt in lockerer Folge einen Überblick über die interessantesten Beiträge.

[Wie wird der Finanzsektor an der Krise beteiligt?](#)

Real- und Finanzwirtschaft profitieren auch nach der globalen Wirtschaftskrise von den hohen Renditen, die durch spekulative Geschäfte an den Finanzmärkten zu erzielen sind. Das sei nicht zu verhindern, glaubt Professor Georg Loritz, Leiter der Forschungsstelle für deutsches und internationales Unternehmenssteuer- und Kapitalanlagerecht an der Universität Bayreuth. Eine Abgabe – welcher Art auch immer – treffe dagegen fast nur Akteure, die nicht verantwortlich für die Krise sind. Es brauche vor allem effektivere Aufsichtssysteme, meint Loritz. Seine Thesen erläuterte er auf

dem Finanzmarktkongress der Fraktion und im Blog.

[Europafahne auf dem Reichstag](#)

Neben den Deutschlandflaggen weht seit Mai auch eine Europafahne auf dem Reichstag. Das blaue Banner mit den zwölf goldenen Sternen wurde vor



25 Jahren als Fahne der Europäischen Gemeinschaft eingeführt und wird heute als Symbol der Europäischen Union genutzt.

Anlässlich dieses Jubiläums hat sich Bundestagspräsident Norbert Lammert dafür eingesetzt, sie auf dem Südostturm zu hissen. Im Blog erklärt er, dass er dadurch vor allem das Selbstverständnis des Bundestages als „verantwortungsvoller Gestalter und kritischer Begleiter der europäischen Einigung“ demonstriert sieht.

[Tabuthema Verwandtenehen anpacken](#)

Ungefähr ein Viertel der türkischstämmigen Frauen in Deutschland ist mit einem Verwandten verheiratet. Dies ist eine der wenigen bekannten Zahlen über ein wenig beachtetes Thema: die Häufigkeit von Ehen zwischen Cousin und Cousine in muslimischen Familien. Die Berliner Abgeordnete Stefanie Vogelsang fordert im Blog mehr öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema und mehr Aufklärung, damit die jungen Männer und Frauen die erheblichen Gesundheitsrisiken für ihre Kinder besser einschätzen können.

„Afrika ist Europa näher gerückt“

20 Jahre nach der UN-Konferenz zu „Umwelt und Entwicklung“ in Rio – Unionskongress zieht Bilanz

„Nachhaltigkeit“ ist ein Schlagwort unserer Zeit – geprägt wurde es maßgeblich auf einer Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992. Erstmals haben dort Staats- und Regierungschefs aus 172 Staaten ein nachhaltiges Konzept für „Umwelt und Entwicklung“ vereinbart. Nachhaltige Entwicklungspolitik sollte künftig als leitendes Prinzip in allen Politikfeldern verankert werden. Die Unionsfraktion hat auf einem Kongress in der vergangenen Woche unter die Lupe genommen, was aus diesem Vorsatz geworden ist.

Auf dem Kongress „Rio + 20: Nachhaltigkeit, die Sicht Afrikas“ diskutierten hochrangige Gäste aus Afrika, Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, deutsche Wissenschaftler und Teilnehmer aus dem Publikum, ob die damals gesteckten Ziele in Afrika erreicht wurden und was von Regierungen und Bürgern getan werden muss, um weitere Fortschritte in Sachen Nachhaltigkeit auf dem afrikanischen Kontinent zu erreichen.

In ihrem Grußwort an den Kongress forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Stärkung der UN-Institutionen, um die Ansätze für Umwelt und Entwicklung besser umsetzen zu können. Dazu solle etwa das Umweltprogramm der Vereinten Nationen zu einer eigenen Sonderorganisation mit Sitz in Nairobi aufgewertet werden, wie Merkels Afrika-Beauftragter Günter Nooke sagte.

„Afro-Pessimismus“ geht zurück

Christian Ruck, der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, zog eine positive Bilanz. Wirtschaft und Wohlstand seien in vielen Ländern gewachsen. Der „Afro-Pessimismus“ gehe zurück. Ruck betonte auch, Afrika sei Europa näher gerückt. Dies sei sowohl mit Chancen als auch mit Risiken verbunden. Beides bedeute aber, dass eine nachhaltige Entwick-



Volker Kauder beim „Rio“-Kongress der Fraktion

lung in Afrika von großem Interesse für Deutschland und Europa sei.

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder bekräftigte den hohen Stellenwert, den die CDU/CSU der nachhaltigen Entwicklung in Afrika beimesse. Die Verbindung von ökonomischer, ökologischer und sozialer Entwicklung sei der Schlüssel zum Erfolg: „Entwicklung und Umwelt bedingen einander.“ Kauder forderte für die Bundesregierung ein kohärentes Handeln aller Ressorts in ihrer Politik gegenüber Afrika. Dies sei unerlässlich, wenn man einen Beitrag zur dortigen Entwicklung leisten wolle. Ebenso unerlässlich seien aber gute Regierungsführung vor Ort und die Wahrnehmung der Eigenverantwortung für die Entwicklung.

Der Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank, Donald Kaberuka, zeichnete das Bild eines dynamischen Afrikas, das in den letzten zehn Jahren mit einer jährlichen Wachstumsrate von sechs Prozent gewaltig aufgeholt habe. Dennoch gebe es hohe Armut. Der Klimawandel drohe 100 Millionen Menschen in die Armut zurückzudrängen, wenn hier nicht gegengesteuert werde. Umso wichtiger sei es, bei der Weltklimakonferenz von Durban Ende des Jahres einen Durchbruch zu erreichen. Dabei solle man Afrika als Teil der Lösung anse-

hen und nicht wie in der Vergangenheit als Problem.

Südafrika setzt auf erneuerbare Energie

Der Vertreter Südafrikas, der Minister für Industrie und Handel, Rob Davies, stellte die Pläne seiner Regierung zum Umbau der südafrikanischen Energieversorgung auf erneuerbare Energien vor. Südafrika wolle in großem Umfang Wind- und Sonnenenergie fördern und durch die lokale Fertigung von Bauteilen auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Als Gastgeber der kommenden Weltklimakonferenz wolle Südafrika auf diese Weise auch als Vorbild für den Kontinent dienen.

In der abschließenden Diskussionsrunde wurde die Vielfalt Afrikas und damit auch die notwendige Vielfalt der Entwicklungsansätze herausgestellt. Kontrovers wurde diskutiert, ob der Kontinent mehr auf Landwirtschaft und ländliche Entwicklung oder mehr auf Industrialisierung setzen müsse. Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass zivilgesellschaftliche Kräfte weiter entwickelt sowie die Eigeninitiative der Menschen gefördert werden müsse. Insbesondere die Rolle der Frauen für die Entwicklung Afrikas müsse weiter gestärkt werden.

Vom Labyrinth der Wörter und der Einsamkeit der Primzahlen

Welche Bücher die Abgeordneten mit in den Sommerurlaub nehmen und welche sie den Kollegen empfehlen

Nach einem halben Jahr harter Arbeit im Bundestag und in den Wahlkreisen gehen die Mitglieder der Fraktion in die parlamentarische Sommerpause. „Fraktion direkt“ hat die Abgeordneten gefragt, welche Bücher sie am Strand, in der Berghütte oder auf dem heimischen Balkon lesen oder welche sie den Kollegen zur Lektüre ans Herz legen. Im Folgenden ein Überblick über die lesefreudige Fraktion:

Der Fraktionsvorsitzende **Volker Kauder** hat gleich drei Buchtipps für seine Kollegen. So empfiehlt er den preisgekrönten Roman des Italieners Paolo Giordano „Die Einsamkeit der Primzahlen“, die poetische Liebesgeschichte „Seide“ des italienischen Schriftstellers Alessandro Baricco und „Das Labyrinth der Wörter“ der Französin Marie-Sabine Roger, welches bereits mit Gérard Depardieu in der Hauptrolle verfilmt wurde.

Die Landesgruppenvorsitzende **Gerda Hasselfeldt** hat sich für den Sommerurlaub vorgenommen, von Helmut Schmidt „Religion in der Verantwortung“ zu lesen – eine Sammlung seiner Reden und Aufsätze zu ethisch-religiösen Fragen. Darin geht es beispielsweise um Grundwerte in Staat und Gesellschaft, um religiöse Toleranz in Zeiten der Globalisierung und um den Missbrauch von Religionen. „Ich bin sehr gespannt, wie er diese heißen Eisen anpackt, und freue mich auf Themen, die über die Tagesaktualität hinaus reichen“, sagt Gerda Hasselfeldt.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Günter Krings** rät zur Lektüre von Hanns-Josef Ortheils autobiographischem Werk „Die Moselreise: Roman eines Kindes“. Darin gibt der Schriftsteller die originalen Aufzeichnungen von seiner Reise entlang der Mosel wieder, die er als elfjähriger Junge mit seinem Vater unternahm. Das Buch zeuge von einer erstaunli-

chen kindlichen Beobachtungsgabe und sei deshalb leicht und flüssig zu lesen, meint Günter Krings. „Warum Mathematik glücklich macht“ von Christian Hesse – ein kleines Einmal-eins des klaren Denkens – empfiehlt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Michael Meister**.

China und die Literaturgeschichte

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, **Stefan Müller**, hat sich als Sommerlektüre „China: Zwischen Tradition und Herausforderung“ des ehemaligen US-Außenministers Henry Kissinger vorgenommen. China habe mehr Einwohner als Europa, die USA und Russland zusammen. In der Weltord-

Ein Buch, das Appetit auf noch viel mehr Bücher macht, empfiehlt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Michael Kretschmer** als Urlaubslektüre: „Lichtjahre. Eine kurze Geschichte der deutschen Literatur von 1945 bis heute“ von Volker Weidermann. Diese Literaturgeschichte sei „so lebendig, dass man sofort Lust bekommt, sich als nächstes in die Bücher zu vertiefen, die Weidermann beschreibt“, findet Michael Kretschmer.

Italienische Küche und italienische Mordfälle

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Michael Fuchs** möchte im Urlaub den neunzehnten Fall von



© Littlebell - Fotolia.com

nung werde das „Reich der Mitte“ im 21. Jahrhundert eine immer größere Rolle spielen, sagt Stefan Müller. Er finde es spannend, welche Einblicke Kissinger aufgrund seiner persönlichen Begegnungen und Erfahrungen in die Denk- und Sichtweise der Chinesen, in Geschichte und Tradition des Landes habe.

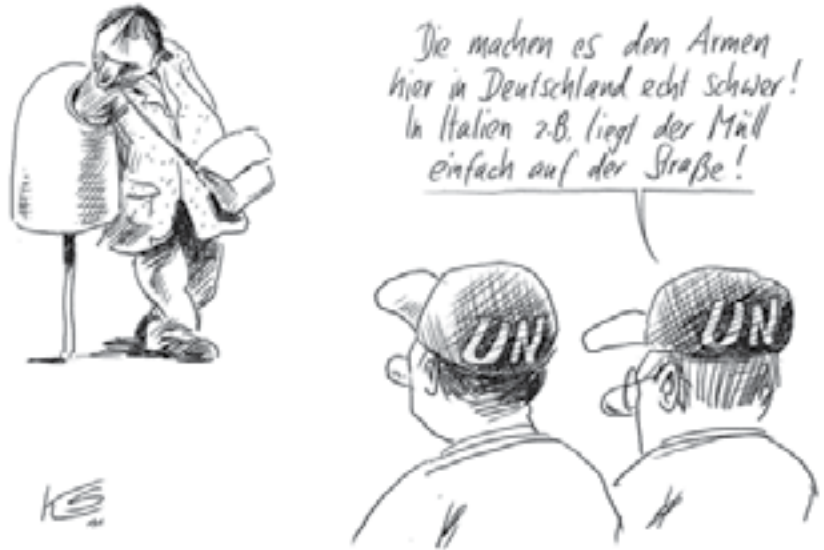
Commissario Brunetti lesen – den neuen Venedig-Krimi „Auf Treu und Glauben“ von Donna Leon. Er habe schon viele Schauplätze aus den Romanen von Leon besucht, sagt Michael Fuchs. Er freue sich auch, dass die mediterrane Küche in ihren Krimis immer wieder eine Rolle spiele. „Wer Italien liebt, liebt auch

die italienische Küche“, meint er und denkt dabei an Pasta und eiskalten Chardonnay aus dem Veneto.

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Fraktion, **Karl Schiewerling**, begeistert sich für das Buch der sozialdemokratischen Politikerin Lale Akgün „Der getürkte Reichstag“, das die Integration einer Migrantin und ihren Aufstieg in den Deutschen Bundestag beschreibt. Dies sei ein Buch „mit Humor und Hintersinn, Seitenhieben, Selbstironie und Ironie im Hinblick auf die eigenen Fraktionskollegen, ohne verbissen zu sein“. Er habe beim Lesen oft geschmunzelt, sagt Karl Schiewerling.

Die familienpolitische Sprecherin **Dorothee Bär** wartet gespannt auf die Veröffentlichung des neuen Buches von Papst Benedikt XVI., das am 25. Juli erscheint: „Glaube, Hoffnung, Liebe: 365 Denkanstöße“. Dorothee Bär hofft, „dass die Denkanstöße in der Sommerpause auf besonders fruchtbaren Boden fallen“.

Der verkehrspolitische Sprecher **Dirk Fischer** empfiehlt von Alex Capus den Roman „Léon und Louise“ – eine seiner Meinung nach hinreißende Liebesgeschichte vor dem Hintergrund des Ersten und Zweiten Weltkrieges, die die Handlung mit der Zeitgeschichte gut verknüpft.



Zeichnung: Stuttmann

„Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine (veranstaltungen.cducusu.de)

31. August/1. September 2011

Klausurtagung des Fraktionsvorstandes

4. September 2011

Tag der Ein- und Ausblicke

Die Fraktion und ihre Mitglieder



Dorothee Bär übergibt die Ehrenurkunde an Volker Kauder

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder ist am Dienstag Ehrenmitglied der CSU geworden. Kauder zeigte sich hoch erfreut und fand lobende Worte für die Schwesterpartei der CDU: „Auch als Baden-Württemberger fand ich die CSU immer klasse. Die CSU war immer nah bei den Menschen und dennoch stets für den Fortschritt offen. Die

Folge ist, dass die CSU eine einmalige Erfolgsgeschichte vorzuweisen hat. Als Fraktionsvorsitzender war ich immer stolz, dass mir die Kollegen aus der CSU-Landesgruppe ihr Vertrauen gegeben haben. Dass ich nun zum Ehrenmitglied der CSU ernannt worden bin, toppt das Ganze noch.“

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de

Das Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de

Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/
cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/
cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)